

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

PRESSEMITTEILUNG

Göttingen, den 15. Februar 2016

Türkische Angriffe auf syrisch-kurdische Stellungen: NATO muss ihr Mitglied Türkei zu einer friedlichen Lösung in Syrien verpflichten

Nach Angriffen des türkischen Militärs auf kurdische Stellungen in Syrien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag Deutschland und die Regierungen aller NATO-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, den NATO-Partner Türkei zu einer friedlichen Lösung für Syrien verpflichten. „Es kann nicht sein, dass die Türkei ausgerechnet die Kräfte bekämpft, die seit mindestens 2012 unter schweren Verlusten dem „Islamischen Staat“ und anderen Radikalislamisten wie der Al Nusra-Front, Ahrar Al Sham, Jaish Al Islam, Jaish Al Mujahidin oder Islamische Front Widerstand leisten“, erklärte die Menschenrechtsorganisation in Göttingen. „Vielmehr muss die Türkei als NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat dafür sorgen, dass radikalislamistische Gruppen jeglicher Couleur an der Außengrenze der NATO und der Europäischen Union geschwächt werden und sich um eine politische Lösung für Syrien bemühen.“

Nach Angaben der in London ansässigen oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) hat die türkische Armee am vergangenen Samstag die Stellungen der „Syrian Democratic Forces“ (SDF) mit schwerer Artillerie angegriffen. Unter den Toten sind acht Zivilisten, darunter eine junge Mutter mit ihrem Kind, und drei Angehörige des kurdischen „Bürgerwehrschutzes“ (YPG). „Die beiden in Afrin geborenen jungen Männer Muhammad Ali und Fayza Nasso sowie die in Kobani geborene junge Frau Kamiran Dagehbeldrash sind tot, weil sie nicht nach Europa fliehen wollten, sondern in ihrer Heimat geblieben sind und gegen die Radikalislamisten gekämpft haben“, sagte der GfbV-Nahosreferent Kamal Sido. Die SOHR berichtet, dass Tausende Menschen vor türkischen Artillerie-Angriffen in das Zentrum der Region Afrin fliehen müssen.

Die türkische Regierung behauptet, mit diesen Angriffen die „moderate“ syrische Opposition stärken zu wollen. „Damit gemeint ist die Al-Nusra-Front, der syrische Ableger des internationalen Terrornetzes al-Kaida sowie andere Radikalislamisten, die die Errichtung eines angeblich moderaten islamisch-sunnitischen Staates in Syrien zum Ziel haben“, kritisierte die GfbV. Ankara beabsichtige, einen 110 Kilometer langen Streifen im Norden des Nachbarlandes zu besetzen, um dort syrische Islamisten und Jihadisten aus der ganzen Welt auszubilden und sie dann gegen das syrische Regime in den „heiligen Krieg“ zu schicken.

„Tatsächlich will die Türkei die Entstehung eines kurdischen Autonomiegebietes in Nordsyrien verhindern und nach dem Sturz der Assad-Diktatur werden in einem islamisch-sunnitischen Syrien viele Minderheiten wie Kurden, Assyrer/Aramäer, Christen, Yeziden, Alawiten, Drusen, Ismailiten oder Schiiten keinen Platz mehr haben“, warnte die Menschenrechtsorganisation. Bereits jetzt werden Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten von Radikalislamisten ermordet, entführt und vertrieben. Ein Sieg der Radikalislamisten werde vor allem für die Mitglieder verschiedener christlicher Gemeinschaften das Ende bedeuten. Insgesamt gibt es derzeit verschiedenen Schätzungen zufolge noch zwischen 600.000 und 900.000 Christen in Syrien. Vor dem Bürgerkrieg (2011) lebten dort noch bis zu 1,8 Millionen von ihnen.

